

Binnenwirtschaft

*(25)

Privatwirtschaft weiter auf dem Vormarsch

Die Zahl der privaten Unternehmen (ohne Berücksichtigung der kleinen selbständigen Betriebe) erhöhte sich im Jahre 1993 auf 238.000, ein Anstieg um 70% gegenüber dem Jahre 1992. Eine Untersuchung der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften und der Forschungsstelle der Nationalen Industrie- und Handelsvereinigung (Zhonghua quanguo gongshangye lianhehui = All-China Federation of Industry and Commerce) zeigt, daß diese Unternehmen inzwischen ca. 3,72 Mio. Arbeitskräfte beschäftigen, rd. 60% mehr als 1992. Das eingetragene Kapital der Unternehmen belief sich auf 68 Mrd. Yuan. (1992 wird dies mit 22,12 Mrd. Yuan angegeben, in Xinhua News Agency, Domestic Service, in Chinese, 19.2.93 und Xinhua News Agency in English, 19.2.93, nach SWB, 10.3.93.) Die durchschnittliche Höhe des eingetragenen Kapitals der Unternehmen stieg gegenüber 1992 um 80% auf 268.000 Yuan. Der Untersuchung in 1.432 privaten Unternehmen zufolge erzielten 40% der Unternehmen "sehr gute Gewinne", 20% "recht gute Gewinne", 30% "hatten ihr Auskommen" und lediglich 10% machten Verluste. (Xinhua News Agency, in English, 27.2.94; nach SWB, 9.3.94)

Die zunehmende Bedeutung der Privatunternehmen (einschließlich der kleinen selbständigen Betriebe, der *getihu*) spiegelt sich auch in ihrem gestiegenen Anteil an den Fiskaleinnahmen wider. So erhöhten sich die Steuererzahlungen dieser Unternehmen von 20,3 Mrd. Yuan im Jahre 1992 auf 25 Mrd. Yuan im Jahre 1993. In den Küstenprovinzen ist der Beitrag des Privatsektors besonders hoch. In der Provinz Guangdong beispielsweise belief sich dieser 1993 auf 3,5 Mrd. Yuan und stellte damit einen Anteil von 11% des gesamten Steueraufkommens der Provinz. In der Provinz Fujian trugen die Steuereinnahmen der Privatunternehmen zu 12% (820 Mio. Yuan) zu den gesamten Fiskaleinnahmen bei. In Shanghai belief sich der Beitrag der rd. 130.000 kleinen selbständigen Betriebe

und Unternehmen im Jahre 1992 (!) allerdings nur auf rd. 400 Mio. Yuan bzw. 2% des gesamten Steueraufkommens. (CEN, No.7, 21.2.94)

Weiter zugenommen hat auch der Beitrag der privaten Wirtschaft zum gesamten Industrieoutput. So entfielen auf die staatseigenen Industriebetriebe 1992 nur noch 48,3% (1978: 77,6%), auf die kollektiveigenen Betriebe 38,2% (22,4%) und 13,5% auf die privaten chinesischen und die Auslandsunternehmen. Im Einzelhandel ist eine ähnliche Entwicklung feststellbar. Der staatliche Sektor wies 1992 noch einen Anteil von 41,3% (1978 : 54,6%) am gesamten Einzelhandelsvolumen bei Konsumgütern auf. Ebenso ging der Anteil des kollektiven Sektors von 43,3% (1978) auf 27,9% zurück, während der private Sektor seinen Anteil von 2,1% (1978) auf 30,8% erhöhen konnte. (XNA, 23.2.94)

Einem Bericht der *South China Morning Post* vom 23.2.94 zufolge versuchen die Privatunternehmen und die sie unterstützenden Kräfte, die Interessen des Privatsektors stärker innerhalb des Nationalen Volkskongresses und der Politischen Konsultativkonferenz (CPPCC) durchzusetzen. Hintergrund hierfür sei die Diskriminierung der Privatunternehmen im Kreditbereich. Da private Banken nicht zugelassen seien und eine restriktivere Kreditpolitik seit November 1993 verfolgt würde, hätten private Unternehmen Schwierigkeiten, günstige Kredite zu erhalten. Mitglieder der Shanghaier CPPCC, ebenfalls im Privatsektor engagiert, sollen beispielsweise gefordert haben, den Privatunternehmen in Shanghai gleiche Wettbewerbsbedingungen einzuräumen wie den staatseigenen Unternehmen.

Wie die Zeitung auch berichtet, soll die CPPCC auf Landesebene beschlossen haben, Privatunternehmern in ihrer Organisation eine Anzahl von Sitzen zu reservieren; dagegen wären die Privatunternehmer im NVK noch nicht vertreten.

Der Vorsitzende der Nationalen Industrie- und Handelsvereinigung, Jing Shuping, forderte auf einem Neujahrsempfang Anfang Februar, die Rolle der nichtstaatlichen Handelskammern zur Förderung des Privatsektors stärker zu betonen. Die Nationale Industrie- und Handelsvereinigung weist

landesweit 670.000 Mitglieder und 2.299 lokale Organisationen oberhalb der Kreisebene auf. Vor allem bei wirtschaftlichen Kontakten mit dem Ausland will die Vereinigung noch aktiver werden und die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen vom Festland, Taiwan und Hongkong sowie mit anderen Ländern fördern. (XNA, 4.2.94)

-schü-

*(26)

Weiterhin kritische Situation für viele staatseigene Unternehmen

Nach Angaben des Staatlichen Statistikamtes stieg der Anteil der staatseigenen Verlustunternehmen von 26,4% im Jahre 1992 auf 30,3% mit einer entsprechenden Erhöhung der vom Staatshaushalt zu tragenden Gesamtverluste. (Xinhua News Agency, Domestic Service, in Chinese, 28.2.94; nach SWB, 3.3.94) In der Hauptstadt Beijing hat sich die Situation der staatseigenen Betriebe ebenfalls deutlich verschlechtert. So stieg der Anteil der Verlustbetriebe hier in den ersten drei Quartalen des Jahres 1993 auf 40% im Vergleich zur Vorjahresperiode. Nach offiziellen Angaben hätten viele dieser Unternehmen Konkurs anmelden müssen, um weitere Verluste zu vermeiden, doch hätten dies nur wenige auch getan. (BRu, 15.2.94)

Neben den Verlusten vieler staatseigener Unternehmen, deren Anteil an den Gesamtunternehmen wahrscheinlich noch höher als der offiziell angegebene ist, hat das Problem der Verschuldung der staatseigenen Unternehmen wieder zugenommen. Der Umfang dieser Schulden wird mit 370 Mrd. Yuan angegeben, 38% des *cash flow* der Unternehmen. (SCMP, 18.1.94)

Der vielfach geforderte Konkurs für staatseigene Unternehmen, die über einen langen Zeitraum Verluste machen, ist jedoch nach wie vor noch eine Ausnahmerecheinung. Nach Angaben des stellvertretenden Ministers der Wirtschaftsreformkommission, Hong Hu, wurden zwischen 1988 bis Mitte 1993 von den Gerichten landesweit 948 Konkursanträge untersucht; 480 Verfahren seien inzwischen abgeschlossen. (Zhongguo Xinwen She News Agency, Beijing, in Chinese, 19.1.94; nach SWB, 5.2.94)

Wie viele Unternehmen jedoch tatsächlich Konkurs gemacht haben, wird in den Aussagen Hong Hus nicht er-

kennbar. Nach Angaben von Li Shugang, einem Berater für Fusionen und Firmenzusammenbrüche, seien dies bis Ende 1993 lediglich rd. 100 gewesen. Allerdings könne diese Zahl durchaus auf 1.000 in diesem Jahr steigen. (SZ, 9.2.94)

Wesentliche Gründe für die Probleme bei der Umsetzung des nunmehr seit fünf Jahren bestehenden Konkursrechtes nennt die *Jingji Ribao* in einem Artikel vom 8.1.94. So sei beispielsweise das Eigentumskonzept der staatseigenen Unternehmen unklar und verhindere schnelle Strukturanpassungen der Betriebe, auf den staatseigenen Unternehmen laste ein großer Teil der Beschäftigungsprobleme, und die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Durchsetzung des Konkursrechtes seien unzureichend. -schü-

*(27)

Anhuier Bauern drängen in die Küstenregionen

Aus der ökonomisch rückständigen Provinz Anhui sollen allein 1993 rund fünf Millionen Bauern in die städtischen Küstengebiete auf Suche nach Beschäftigung gewandert sein. Die Provinz mit einer Gesamtbevölkerung von rd. 60 Mio., von denen ca. 50 Mio. in den ländlichen Gebieten leben, soll 12 Mio. überschüssige ländliche Arbeitskräfte haben. Statistischen Angaben der Postverwaltung der Provinz zufolge sendeten Anhuier Bauern im letzten Jahr pro Monat mehr als 100 Mio. Yuan in ihre Heimatdörfer. (XNA, 12.2.94)

Um die überschüssigen Arbeitskräfte aus den ländlichen Gebieten bei ihrer Suche nach Arbeit zu unterstützen und die Arbeitskräfteströme in geordnete Bahnen zu lenken, wurden in Anhui Arbeitsvermittlungszentren gegründet. Diese Zentren, die bereits in 16 Städten und 68 Kreisen vorhanden sein sollen, übernehmen Dienstleistungen wie Registrierung, Vermittlung von Einstellungsgesprächen sowie Überwachung der Unterzeichnung und Durchführung der Arbeits- und Arbeitsversicherungsverträge. Nach Angaben des Arbeitsamtes der Provinz sollen bereits 600.000 ländliche Arbeitskräfte durch diese Vermittlungszentren eine zeitlich befristete Arbeitsstelle in den Städten oder für bestimmte Beschäftigungsmöglichkeiten gefunden haben. Als erfolgreiches Beispiel nennt das

Provinzarbeitsamt die Vermittlung von 20.000 ländlichen Arbeitskräften an die Kohlebergwerke in Huainan und Huaibei, die dringend Bergleute gesucht hatten. (XNA, 25.2.94)

Mit dem chinesischen Neujahr stellt sich das Problem der massiven Migrationsströme in die Städte jedes Jahr erneut und in immer größeren Ausmaßen. Für dieses Jahr wird mit einer Zahl von 10 Mio. Arbeitskräften aus den ländlichen Gebieten gerechnet, die, auch aus den anderen ärmeren Provinzen Sichuan, Hunan, Guangxi, Guizhou und Hubei kommend, in die wirtschaftlich stärker entwickelten Regionen des Perlfuß- und des Yangtze-Deltas sowie nach Beijing und Tianjin wandern. Auf dem Bahnhof in Beijing beispielsweise sind in letzter Zeit nach Angaben des Amtes für Sicherheit täglich 60.000 bis 70.000 Arbeitskräfte aus anderen Teilen des Landes eingetroffen. Seitdem diese Wanderbewegung im Jahre 1986 einsetzte, stieg die Zahl der Arbeitskräfte von außerhalb der Stadtgrenzen kontinuierlich. Rund eine Million Wanderarbeiter leben in der Hauptstadt mehr oder weniger ständig. Eine Anzahl von rd. 800.000 ist in verschiedenen Bereichen wie Industrie und Dienstleistungen beschäftigt, und 300.000 sind im Bausektor tätig. In den ländlichen Außenbezirken der Stadt Beijing gibt es außerdem weitere 200.000 Arbeitskräfte von außerhalb, die im Anbau, Handwerk und als Haushaltshilfen arbeiten. (Zhongguo Xinwen She News Agency, Beijing, in English, 23.2.94, nach SWB, 24.2.94)

Der Versuch einzelner Provinzen, Bestimmungen für eine Lenkung dieser Arbeitskräfteströme in Absprache mit anderen Regionen durchzusetzen, erscheint zumindest in der Provinz Guangdong erfolgreich gewesen zu sein. Die Zusammenarbeit der Provinz Guangdong mit neun Provinzen und autonomen Gebieten wie beispielsweise Sichuan, Hunan und Guangxi führte dazu, daß der Neuzuwachs von ländlichen Arbeitskräften 1993 auf 5% der bereits nach Guangdong eingewanderten Arbeitskräfte beschränkt werden konnte und im Vergleich zu 1992 um 70% niedriger war. (RMRB, 7.1.94)

Die zahlreichen negativen Wirkungen des Zustroms von Wanderarbeitern in die Städte werden in der chinesischen Presse oft unter den Schlagworten "Überlastung der städtischen Infrastruktur und Kriminalität" behandelt.

Andererseits übernehmen diese Arbeitskräfte Tätigkeiten, die für Städter nicht mehr attraktiv erscheinen. Hierzu zählen beispielsweise Arbeiten in der Müllbeseitigung und Stadtreinigung, körperlich anstrengende und gefährliche Arbeiten im Straßen- und Brückenbau, etc. Daß ländliche Arbeitskräfte nach Rückkehr in ihre Heimatregionen oftmals als Katalysator für die wirtschaftliche Modernisierung wirken, ist ebenfalls ein herauszuhebender Effekt. Ein Beispiel hierfür sind die Aktivitäten zurückgekehrter Arbeitskräfte im Kreis Ganzhou, Provinz Jiangxi. Diese Arbeitskräfte gründeten in den ersten zehn Monaten des Jahres 1993 rd. 1.200 Betriebe mit einer gesamten Investitionssumme von 40 Mio. Yuan in ihren Heimatorten. Diese Betriebe boten Arbeitsplätze für 100.000 Beschäftigte. Ein weiteres Beispiel bezieht sich auf den Kreis Wuwei, Provinz Anhui, in dem zurückgekehrte Arbeitskräfte 30 Unternehmen aufbauten, die teilweise sogar für den Export produzierten. (Zhongguo Tongxun She News Agency, Hong Kong, in Chinese, 25.1.94; nach SWB, 4.2.94)

Anfang Februar kündigte das Arbeitsministerium an, daß ein "Beschäftigungsprogramm mit Koordination zwischen Land und Stadt" aufgestellt würde, um Arbeitsplätze für die derzeit überschüssigen 130 Mio. und die in den nächsten acht Jahren zusätzlich hinzukommenden 70 Mio. ländlichen Arbeitskräfte zu schaffen. In diesem Jahr werde ein Pilotprojekt in acht Provinzen durchgeführt. Hierzu zählten beispielsweise wirtschaftlich rückständige Provinzen wie Sichuan und Anhui, die eine hohe Bevölkerungszahl besitzen, sowie die Küstenprovinzen Jiangsu und Guangdong, die eine schnelle Wirtschaftsentwicklung und Arbeitskräfteknappheit aufweisen. Das Projekt konzentrierte sich auf die Entwicklung von kleinen ländlichen Industriebezirken und ländlichen Kleinstädten, die neu gegründet oder vergrößert werden sollen, um verstärkt überschüssige Arbeitskräfte unterzubringen. Ein Teil der Arbeitskräfte könne auch in die Küstenregionen abwandern, allerdings in koordinierter Weise. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 5.2.94; nach SWB 23.2.94) -schü-

*(28)

Höhere Ankaufspreise zur Lösung der Baumwollkrise

Zum 1. September 1994 werden die Ankaufspreise für die neue Baumwollernte um 21% angehoben. Damit steigt

der Preis pro 50 kg entkörnter Baumwolle von 330 auf 400 Yuan. Die Baumwolle produzierenden Provinzen werden darüber hinaus spezielle Fördermaßnahmen zur Erhöhung der Baumwollproduktion, beispielsweise für die Allokation von Inputs, beschließen. (Zhongguo Tongxun She News Agency, Hong Kong, in Chinese, 25.2.94; nach SWB, 9.3.94)

Hintergrund für die nochmalige Erhöhung der Preise - bereits 1993 waren diese um 10% von 300 auf 330 Yuan angehoben worden - ist der deutliche Rückgang der letzten Baumwollernte und des staatlichen Ankaufs. Der Output belief sich 1993 auf lediglich 3,76 Mio.t, nach einer Produktion von 4,51 Mio.t im Jahre 1992 und 5,67 Mio. t im Jahre 1991. (Statistical Bureau issues Communiqué on Economy and Society at the End of 1993, in Xinhua News Agency, Domestic Service, Beijing, 28.2.93; nach SWB, 3.3.94 und Zhongguo Tongji Nianjian, 1993, S. 365). Bis Ende Januar betrug der staatliche Ankauf von Baumwolle lediglich 67% des vorangegangenen Jahres. Vor allem die Produktionseinbrüche in den Hauptanbaugebieten Hebei, Shandong und Henan, Provinzen, die mit rd. der Hälfte zum Gesamtoutput beitragen, schlug sich negativ auf den gesamten Ankauf nieder. (Zhongguo Tongxun She News Agency, Hong Kong, in Chinese, 25.2.94; nach SWB, 9.3.94)

Die *South China Morning Post* vom 22.2.94 bezieht sich auf einen Artikel auf der Titelseite der *Nongmin Ribao*, der auf die Krise der Baumwollproduktion eingeht. So seien die Ankaufsmengen sehr niedrig ausgefallen, und aufgrund der Knappheit hätten bereits viele Baumwollspinnereien schließen müssen. Die Nachfrage nach Baumwolle sei jedoch nach wie vor sehr hoch, so daß für dieses Jahr mit einer Erhöhung der Importe und Reduzierung der Exporte zu rechnen sei und China zum Nettoimporteur von Baumwolle werde. Andererseits sei die Weltmarktsituation aufgrund steigender Preise und eines knappen Angebots nicht sehr günstig.

Nach einem ebenfalls in der SCMP genannten Bericht in der Zeitung *International Business* (Publikation des MOFTEC) befindet sich die Baumwoll-Textilindustrie in einer schwierigen Situation, die durch knappe Rohstoffe und Kapitalknappheit ausgelöst worden sei. Die zunehmende inländische Textilnachfrage habe seit 1988 zu

einem raschen Anstieg neuer Unternehmen geführt, die wenig Kapitaleinsatz erforderten und schnelle Gewinne boten. Hierdurch sei die Baumwollnachfrage schnell gestiegen. Aufgrund der nochmaligen Preiserhöhung müsse damit gerechnet werden, daß sich die Lage vieler Unternehmen verschlechtern würde. So gingen die Baumwollspinnereien in der Provinz Henan beispielsweise davon aus, daß ihre Verluste 1994 auf 550 Mio. Yuan steigen bzw. um das Vierfache gegenüber 1993 zunehmen werden. Die Knappheitsituation bei Baumwolle hat dem Bericht der SCMP zufolge auch dazu geführt, daß es eine starke Konkurrenz zwischen den Provinzen beim Baumwollankauf gibt. In der Provinz Xinjiang, die ebenfalls zu den bedeutenden Baumwollproduzenten zählt, waren die Hotels Anfang des Jahres von hochrangigen Delegationen der Provinzen belegt, die wegen des Baumwollankaufs angereist waren. -schü-

*(29)

Atomkraftwerk Daya Bay nimmt Betrieb auf

Anfang Februar wurde das zweite und größte Atomkraftwerk Daya Bay in der Sonderwirtschaftszone Shenzhen (Provinz Guangdong) offiziell seiner Bestimmung übergeben. Nach siebenjähriger Bauzeit begann die Inbetriebnahme eines ersten 900-MW-Reaktors, der Mitte d.J. durch einen gleich großen zweiten Reaktor ergänzt wird und dann einen Elektrizitätsoutput von jährlich 10 Mrd.kWh erzeugen soll.

Träger des Atomkraftwerkes ist ein Joint Venture zwischen der *Guangdong Nuclear Investment Co. Ltd* und der *Hongkong Nuclear Investment Ltd.*, einer Tochter der *China Light and Power Co. Ltd*. Die Atomstromanlage wurde mit Gesamtinvestitionen von 3,7 Mrd. US\$ gebaut; der festlandchinesische Partner verfügt über einen Anteil von 75% am Unternehmen. Ein Stromanteil von 70% wird über die kommenden 15 Jahre hinweg nach Hongkong geliefert werden müssen, um die aufgenommenen Kredite zurückzuzahlen. Der restliche Strom wird in Guangdong genutzt werden können. Nach 20 Jahren kann Guangdong dann das Kraftwerk übernehmen. (XNA, 7.2.94; CD, 7.2.94; NfA, 9.2.94)

Da das Atomkraftwerk nur 50 km Luftlinie von der Millionenstadt Hongkong entfernt liegt, wurde das Projekt von einem Teil der Bevölkerung Hongkongs abgelehnt. Zwar würde auch im Extremfall einer Kernschmelze keine sofortige Bedrohung von dem Atomkraftwerk ausgehen, doch wird befürchtet, daß die Versorgung Hongkongs mit Wasser und Lebensmitteln, die vollständig vom Festland abhängt, nicht garantiert werden könne. (SCMP, 29.5.93) Die Gefahr einer möglichen Bedrohung wird selbstverständlich von der chinesischen Regierung und dem französischen Unternehmen, das die Reaktoren geliefert hat, bestritten. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 7.2.94; nach SWB, 9.2.94)

Die energiehungrige Provinz Guangdong soll den Bau weiterer Atomkraftwerke planen, um die Elektrizitätsversorgung rasch zu verbessern. Bisher ist Guangdong überwiegend auf die Versorgung mit Kohle als dem wichtigsten Energieträger angewiesen, die per Eisenbahn aus den nördlichen Provinzen herbeigeschafft werden muß. Das schnelle Wachstumstempo hat in den letzten Jahren die bereits bestehende Energieknappheit weiter erhöht und zu Versorgungsengpässen geführt. -schü-

*(30)

Fünfjahresplan für den Umweltschutz

Anfang Februar d.J. wurden die Grundzüge eines Fünfjahresplanes (1994-1998) für die Verbesserung der ökologischen Bedingungen vom Umweltschutzamt bekanntgegeben. Im Vordergrund stehen Anstrengungen zur Reduzierung der industriellen Verschmutzung, Verbesserung der städtischen Umweltbedingungen und einer Stärkung des Umweltschutzes bei einem gleichzeitigen "nachhaltigen, hohen und gesunden" Wirtschaftswachstum.

Wichtige Ziele im Fünfjahresplan für den Umweltschutz bis 1998 sind:

1. Behandlung von 80% der Industrieabwässer; 11,4% mehr als 1992.
2. Behandlung von 88% der Industrieabgase; 8,4% mehr als 1992.
3. Recycling von 45% der festen Industrieabfälle; 5,4% mehr als 1992.
4. Behandlung von 80% des radioaktiven Abfalls in den städtischen Gebieten.

5. Ausweitung der Naturparks auf 77,6 Mio. Hektar bzw. 8% der Gesamtfläche.

Innerhalb der nächsten fünf Jahre sollen hierfür folgende Maßnahmen ergriffen werden:

- Aktive Teilnahme an den Verhandlungen und Beratungen über die globalen Umweltprobleme und Umsetzung der internationalen Umweltschutzvereinbarungen, denen China beigetreten ist.
- Beschleunigung der Umweltschutz-Gesetzgebung in Übereinstimmung mit den internationalen Umweltschutz-Vorschriften über beispielsweise den Transfer gefährlicher Abfälle zwischen Ländern, die Kontrolle der Stoffe, die die Ozonschicht gefährden, den Im- und Export von giftigen Chemikalien und den Artenschutz.
- Suche nach mehr finanzieller Unterstützung für den Umweltschutz durch internationale Organisationen bei der Weltbank, der Asia Development Bank und internationalen Umweltschutzorganisationen.
- Stärkung der multilateralen Zusammenarbeit mit den Organisationen der Vereinten Nationen wie UNEP und UNDP und anderen Nicht-Regierungsorganisationen.
- Entwicklung der regionalen Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten für den Schutz der Naturressourcen.
- Verbesserung der Kontrolle bei Im- und Exporten von seltenen Arten.
- Stärkung der wissenschaftlichen Forschung zum Umweltschutz.
- Aufbau eines Melde- und Verwaltungssystems zur Kontrolle von Abfällen und giftigen Chemikalien, zur Erfassung von Umwelt-Unfällen sowie zur Einrichtung einer Nothilfeorganisation bei Nuklearunfällen. (XNA, 3.2.94)

Vor allem die Zielvorgaben im Fünfjahresplan unter Punkt 1 und 2, die einen indirekten Hinweis auf bereits erreichte Werte enthalten, müßten durch Angabe von Standards über die Art der "Behandlung" ergänzt werden. Daß die Umweltsituation eher kritisch ist, weisen viele Berichte auch in der chinesischen Presse nach. Nach Einschätzung von Wang Yuqing, Direktor der Planungsabteilung des Staatlichen

Umweltschutzamtes, sieht sich China derzeit mit sieben dringenden Umweltproblemen konfrontiert. Hierzu zählen Wasserverschmutzung, Umweltprobleme in den Städten durch Luftverschmutzung, schädliche Industrieabfälle und Müll, Wasserknappheit, Bodenerosion, geringe Waldflächen, Verschlechterung des Weidelandes sowie Artenrückgang. Die Umweltprobleme hätten die Gesundheit der Bevölkerung stark beeinträchtigt und würden die Verbesserung des Lebensstandards und die Wirtschaftsentwicklung behindern. Aufgrund der begrenzten Mittel müßten jedoch Prioritäten bei der Verbesserung der Umweltbedingungen gesetzt werden. So werde sich China zunächst auf den Umweltschutz in den Städten konzentrieren, insbesondere in 52 ausgewählten Städten, und hier auf die Kontrolle der Verschmutzung der Luft, des Wassers, des Festmülls und des Lärmschutzes. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 25.1.94; nach SWB, 7.2.94)

Ein besonderes Problem stellt der hohe Verbrauch von Kohle als dem wichtigsten Energieträger für die Gewinnung von Elektrizität und für die Heizungsanlagen der Bevölkerung dar. Die überwiegend ungereinigte Kohleverfeuerung ist der Hauptgrund für die Entstehung von Schwefeldioxid und des sauren Regens. Pro Jahr werden in China 16 Mio. t Schwefeldioxide in die Atmosphäre gelassen, knapp weniger als der Beitrag der USA. (XNA, 4.6.93) Allein 1992 erhöhte sich im Vergleich zu 1991 die Schwefeldioxidmenge um 3,9% und der Rußausstoß um 7,6%. (SZ, 7.6.93)

Die Verfeuerung von ungereinigter Kohle und andere Luftverschmutzungen haben auch die Anzahl der Krankheiten der Atemwege erhöht und sich über den sauren Regen negativ auf die Landwirtschaft ausgewirkt. Eine besonders kritische Situation findet sich im Kreis Qianxian, Provinz Guizhou. Die hier lebenden 30.000 Menschen haben durch die Verfeuerung arsenhaltiger Kohle schwerwiegende gesundheitliche Schäden wie Haut- und Lungenkrebs sowie Leberschäden davongetragen. (Guizhou Ribao, Guiyang, in Chinese, 14.1.94; nach SWB, 11.2.94; FAZ, 26.3.93)

Erste Maßnahmen zur Beschränkung des Schwefeldioxid-Ausstoßes wurden zum 1.7.93 beschlossen. Einige Regionen werden dabei eine Vorreiterfunktion erfüllen. So müssen Unternehmen in den Provinzen Guangdong und Guizhou sowie in den neun Städten Chongqing, Yiben (Sichuan), Guilin, Liuzhou und Nanning (Guangxi), Changsha (Hunan), Yichang (Hubei), Qingdao (Shandong) und Hangzhou (Zhejiang) pro Kilogramm Schwefeldioxid eine Abgabe leisten. (In XNA, 4.6.93 werden diese mit "20 cents" angegeben). Die Kosten für die Reduzierung des Schwefeldioxid-Ausstoßes betragen nach chinesischen Schätzungen rd. 20-30% der Investitionen für ein Industrieprojekt, das Kohle als Energie nutzt. (XNA, 17.8.93)

Wie dringlich auch Chinas Nachbarn die stärkere Verfolgung von Umweltschutzmaßnahmen beurteilen, wurde bei dem Besuch des stellvertretenden Ministerpräsidenten Zhu Rongji in Japan deutlich. Zhu Rongji sprach Ende Februar in Japan mit dem Minister für internationalen Handel und Industrie, Hiroshi Kumagai, über das vierte Yen-Kreditprogramm. Bei dieser Gelegenheit forderte Kumagai von China, mehr für den Umweltschutz zu tun, damit die japanische Öffentlichkeit die Kreditpolitik gegenüber China besser verstehen könne. Zhu Rongji sicherte dies zu und kündigte an, daß solche chinesischen Unternehmen am Kreditprogramm nicht partizipieren würden, die Umweltschutzaufgaben nicht einhielten. (Kyodo News Service, Tokyo, in English, 25.2.94; nach SWB, 26.2.94) -schü-

*(31)

Neue Bestimmungen zur Arbeitszeit

Zum 1. März 1994 gilt eine neue Arbeitszeitregelung für alle Arbeiter und Angestellten. Die Arbeitszeit wird auf täglich acht Stunden und eine Wochenarbeitszeit von durchschnittlich 44 Stunden beschränkt. Unter die Arbeitszeitbestimmung fallen Arbeiter und Angestellten in allen staatlichen Verwaltungen und staatseigenen Unternehmen sowie Beschäftigte in privaten, kollektiven, sino-ausländischen und Auslandsunternehmen. Anwendung findet die Regelung auf alle Wirtschaftsbereiche und Branchen wie

Bergwerke, Fabriken, Bauunternehmen, Dienstleistungsbetriebe, Schulen und Kindergärten, etc.

Ausnahmen von dieser Arbeitszeitregelung gelten für

- Arbeiten in den Bereichen Produktion und Transport sowie für Tätigkeiten an gesetzlichen Feiertagen, die nicht unterbrochen werden können,
- Reparaturarbeiten an Anlagen und die Wartung von Anlagen, die bei der Unterbrechung der Produktion an gesetzlichen Feiertagen durchgeführt werden müssen,
- Reparaturarbeiten in Notfällen bei einem plötzlichen Versagen von Produktionsanlagen, von Kommunikations- und Transporteinrichtungen und öffentlichen Versorgungseinrichtungen,
- Notfalleinsätze bei schweren Naturkatastrophen oder anderen Katastrophen, die eine Gefahr für die Sicherheit und Gesundheit der Bevölkerung darstellen und staatliches Eigentum gefährden, und
- die Durchführung von Produktionsaufgaben in Notfällen für die nationale Verteidigung oder in anderen Notfällen nach Vorgabe übergeordneter Stellen sowie von dringend notwendigen Aufgaben in Handels- und Marketingunternehmen beim Ankauf, Transport und bei der Weiterverarbeitung von landwirtschaftlichen und Nebengewerbeprodukten während der Hochsaison.

Die neuen Bestimmungen untersagen die Beschäftigung von Arbeitskräften über die vorgeschriebene Arbeitszeit und die möglichen Ausnahmestimmungen hinaus. Unternehmen, die Probleme bei der Einführung der neuen Arbeitszeitregelung haben, können in Ausnahmefällen eine schrittweise Anpassung vollziehen, die jedoch bis zum 1. Mai abgeschlossen sein muß. Unter bestimmten Bedingungen und nach Genehmigung der entsprechenden Stellen ist auch eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit möglich. (Siehe hierzu: "State Council Provisions on the Work Hours of Workers and Staff Members", Xinhua News Agency, Domestic Service, Beijing, in Chinese, 7.2.94; nach SWB, 15.2.94, und "Procedures for Implementing the

Work Hours of Workers and Staff Members' issued by the Ministry of Labour and the Ministry of Personnel on 8th February 1994", in Xinhua News Agency, Domestic Service, Beijing, in Chinese, 8.2.94; nach SWB, 4.3.94)

Mit der Einführung der 44-Stunden-Woche müssen die chinesischen Arbeiter und Angestellten nunmehr vier Stunden weniger arbeiten als bisher, so daß sie i.d.R. neben dem Sonntag auch den Samstagnachmittag frei haben. Allerdings zählt China damit noch zu den Ländern, die die längste offizielle Wochenarbeitszeit aufweisen. -schü-

*(32)

Arbeitsgesetz in Vorbereitung

In Kürze kann mit der Verabschiedung eines neuen Arbeitsgesetzes gerechnet werden, das die Rechte und Interessen der Beschäftigten besser schützen soll. Das in Vorbereitung befindliche Gesetz hat im Laufe der letzten zehn Jahre bereits dreißig Überarbeitungen und Anpassungen erfahren. Das Arbeitsgesetz wird die verschiedenen Probleme aufgreifen, die sich im Reformverlauf verstärkt haben. Hierzu zählt u.a. die willkürliche Festlegung von Arbeitszeiten und Löhnen, Umgehung von Arbeitsschutzbestimmungen sowie die Demütigung von Arbeitskräften und ihre physische Bestrafung. Der Gesetzesentwurf enthält auch Bestimmungen wie das Recht auf Arbeitsplatzwahl, auf Bezahlung, Urlaub, Arbeitsschutz und Ausbildung am Arbeitsplatz. Andererseits sollen Unternehmen das Recht erhalten, Arbeitskräfte dann zu entlassen, wenn sie sich "in tatsächlichen Schwierigkeiten" befinden. (Xinhua News Agency, Domestic Service, in Chinese, 2.3.94; nach SWB, 5.3.94)

Die Berichte in der chinesischen Presse über Unfälle aufgrund mangelhafter Sicherheitsbedingungen am Arbeitsplatz, über unzureichende soziale Absicherung der Beschäftigten sowie diskriminierende Behandlung von Arbeitskräften haben im letzten Jahr deutlich zugenommen. Als besonders problematisch gilt die Situation in einigen sino-ausländischen Gemeinschaftsunternehmen, in denen die Zahl der Arbeitsstreitigkeiten gestiegen ist.

Nach unvollständigen Statistiken erhöhte sich beispielsweise diese Zahl in den mit ausländischem Kapital gegründeten Unternehmen in der Sonderwirtschaftszone Xiamen, Provinz Fujian, von 50 im Jahre 1991 auf 460 im Jahre 1993. Arbeitsstreitigkeiten führten 1992 rd. 250 mal zu Arbeitsniederlegungen und zu 4.000 Beschwerden der Arbeitskräfte; diese Zahl hat sich 1993 weiter erhöht.

Ähnliche Fälle werden aus Shanghai berichtet. Mußte die Schlichtungsstelle für Arbeitsstreitigkeiten der Stadt Shanghai im Jahre 1991 erst 70 mal tätig werden, so stieg diese Zahl 1992 und 1993 auf durchschnittlich 100 Fälle pro Jahr. Arbeitsstreitigkeiten werden vor allem von einigen kleinen und mittelgroßen Unternehmen berichtet, die von Hongkongern oder Taiwanern gegründet wurden. Diese Unternehmen hätten mit geringem Kapitaleinsatz versucht, schnelle Gewinne zu erzielen und damit grundsätzliche Standards bei der Arbeitsplatzsicherheit und den sonstigen Arbeitsbedingungen vernachlässigt. (Zhongguo Tonxun She, News Agency, Hongkong, in Chinese, 4.2.94; nach SWB, 11.2.94)

Die Provinz Guangdong hat auch bei der Verabschiedung eines Arbeitsgesetzes eine Vorreiterfunktion übernommen, wohl auch deswegen, weil hier die Probleme besonders groß sind. So wird zum 1. März d.J. ein Gesetz in Kraft treten, das die Interessen der Beschäftigten besser schützen soll. Beispielsweise legt das Gesetz zum ersten Mal explizit fest, daß Opfer von Betriebsunfällen eine Kompensation erhalten müssen, anstatt nur die Unternehmen zu bestrafen. Das Gesetz regelt ebenfalls Bereiche wie Arbeitszeit, Entlohnung, Sicherheit, Gesundheitsversorgung und Arbeitsversicherung. (XNA, 24.2.94)

Wie dringend eine gesetzliche Regelung ist, machte eine Untersuchung des Gewerkschaftsverbandes der Provinz deutlich. Von den 1.500 befragten Beschäftigten arbeiteten 39% ohne einen Arbeitsvertrag unterzeichnet zu haben. In zwei Dritteln dieser Unternehmen erhielten die Beschäftigten ein Gehalt, das geringer als das örtlich übliche jährliche Durchschnittsgehalt war. Weiterhin zeigte die Untersuchung, daß 61% der Beschäftigten sieben Ta-

ge in der Woche arbeiteten; 42% der Arbeitskräfte arbeiteten zehn und mehr Stunden pro Tag. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 23.2.94; nach SWB 25.2.94) -schü-

*(33)

Konsumwünsche 1994

Die chinesische Zeitung *China Youth News* berichtet über das Ergebnis einer Stichprobenerhebung, die nach den Konsumwünschen für das Jahr 1994 fragte. Die Untersuchung, die auf einer Stichprobe von 122 Familien basierte und während einer Eisenbahnfahrt von Beijing nach Suzhou im Januar d.J. durchgeführt wurde, zeigt den Trend zu neuen hochwertigen Konsumgütern. Nach einer "ersten Konsumwelle" in den 60er und 70er Jahren, die sich auf den Kauf von Fahrrädern, Armbanduhren und Nähmaschinen konzentrierte, gab es in den 80er Jahren eine "zweite Konsumwelle", bei der Fernsehgeräte, Kühlschränke und Waschmaschinen im Vordergrund standen. Die Stichprobenerhebung kündigt nun eine "dritte Konsumwelle" an, da sich die Konsumwünsche auf Großbild-Fernsehgeräte, Klimageräte, Videokameras, Telefone, Computer, moderne Kücheneinrichtungen, Häuser und Kraftfahrzeuge beziehen.

Die Erhebung zeigt zwar, daß noch der überwiegende Teil der Familien den Kauf von Haushaltselektronik plant, doch bereits 44% beabsichtigen, private Kommunikationsgeräte wie Telefone, Funkrufempfänger und tragbare Telefone zu kaufen. Von den befragten Familien wollen 7% ein Auto kaufen, 32% eine Wohnung und 61% neue Möbel. Ein Teil der Familien äußerte die Absicht, Klimageräte, Videorekorder und -kameras zu kaufen, und ein anderer Teil will mehr Geld für teure Kleidung, Ernährung und Gesundheit sowie für Reisen ausgeben (keine Prozentangaben hierzu).

Abhängig vom Alter gab es unterschiedliche Trends. So wollten jüngere Befragte (zwischen 20 bis 29) mehr Geld für die Heirat und die Wohnung ausgeben. Im Alter von 30 bis 45 waren die meisten Befragten durch die Ausbildungskosten für die Kinder (bzw. das Kind) belastet. Befragte über 46 Jahren planten, für die Gesundheit mehr Geld zu verwenden.

Von den befragten Familien wiesen 57% ein monatliches Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 1.000 Yuan auf, und 7% hatten ein Pro-Kopf-Einkommen von über 3.000 Yuan im Monat. Aktien besaßen 28 der 122 Familien und weitere 29 hatten Anleihen gekauft. (XNA, 4.2.94)

Marktforschungsinstitute aus dem Ausland drängen inzwischen ebenfalls nach China. So beispielsweise auch das US-amerikanische Institut *Gallup* und die *Survey Research Group*, die von Hongkong aus kundenspezifische Untersuchungen durchführt und zur Erkundung des Einzelhandels ein Netz von Forschungsbüros unterhält. Die Marktforschung ist nach Einschätzung beider Institute noch sehr wenig entwickelt in China, und Untersuchungen zum chinesischen Markt seien i.d.R. zu allgemein. Sie würden auch eher den Anspruch einer wissenschaftlichen Seminararbeit erfüllen als konkrete Vertriebsfragen beantworten können. (NfA, 21.2.94)

Mit Blick auf potentielle Absatzmärkte für hochwertige ausländische Konsumgüter wies der Leiter des Marktforschungsinstituts *Survey Research Group (China)* auf die guten Voraussetzungen in Shanghai hin. Die Shanghaier Bevölkerung weise das höchste Bildungsniveau auf und sei besonders anspruchsvoll. Außerdem gäbe es in Shanghai bereits eine bedeutende Mittelklasse und eine größere Zahl einkommensstarker Haushalte als in Beijing oder Guangzhou (Kanton). Luxusgüter aus dem Ausland würden hier besonders stark nachgefragt. Das Konsumverhalten der Shanghaier orientiere sich über wirtschaftliche und kulturelle Kontakte an japanischen und taiwanesischen Vorbildern. Weiterhin habe Shanghai das höchste Einzelhandelsvolumen in China, und die Konsumenten hätten die Wahl zwischen lokalen Kaufhäusern, Warenhäusern ausländischer Konzerne und vielen kleinen Einzelhandelsgeschäften.

Auch die *Survey Research Group (China)* stellt einen herausragenden Wandel bei den Konsumgewohnheiten fest. So seien die Verbraucher inzwischen wesentlich anspruchsvoller geworden. Shanghaier Konsumenten würden inzwischen eine höhere Nachfrage nach Qualitätsprodukten haben und Luxusgüter wie Videorekorder, hochwertige

elektrische Geräte, Schmuck, Alkohol und Markenbekleidung kaufen. Durch die Verbesserung des Lebensstandards werde inzwischen auch dem Wert "Freizeit" mehr Bedeutung beigemessen. (SCMP, 2.2.94) -schü-

Taiwan

*(34)

Plante das US-Außenministerium Anfang der 50er Jahre einen Putsch in Taiwan?

Das taiwanesisches wöchentliche Nachrichtenmagazin in chinesischer Sprache *Xinxinwen (The Journalist)* hat in seiner Ausgabe Nr. 361/362 (2.-19. Februar 1994, S.16 ff.) einen Artikel mit dem Titel "Die USA wollten einmal einen politischen Putsch in Taiwan inszenieren!" veröffentlicht. Nach Darstellung der Zeitschrift stützt sich der Artikel hauptsächlich auf früher geheime US-Regierungsdokumente einschließlich eines Plans des State Department zum Sturz von Marschall Jiang Jieshi (Chiang Kai-shek), die kürzlich der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurden. Nach dem Rückzug der KMT(Kuomintang)-Regierung 1949 vom chinesischen Festland, das sie an die Kommunisten verloren hatte, nach Taiwan, stellte Washington die US-Hilfe für sie ein. Um die Insel Taiwan nicht in die Hände der chinesischen Kommunisten fallen zu lassen, hätten die Amerikaner Jiang aufgefordert, Taiwan zu verlassen oder sich von der Politik fernzuhalten. Das habe Jiang zwar abgelehnt, sei aber auf den Vorschlag eingegangen, Wu Guozheng (Wu Kuo-cheng) zum Gouverneur der Provinz Taiwan und General Sun Liren (Sun Li-jen) zum Oberbefehlshaber der Landstreitkräfte von Taiwan zu ernennen, die beide aufgrund ihrer Ausbildung in den USA das Vertrauen der Amerikaner genossen. Da sie aber keine realen Machtbefugnisse von Jiang erteilt bekamen, habe das State Department einen militärischen Putsch in Taiwan geplant.

Noch Mitte 1949 soll man im State Department über eine Intervention der USA in Taiwan diskutiert haben. Am 23. Juni des Jahres habe der damalige